

Bauern wollen keine Sündenböcke sein

Ein Bericht soll Klimaschutzmassnahmen in der Land- und Forstwirtschaft prüfen. Im Gegenzug wehrten sich die Landwirte im Grossen Rat gestern vehement dagegen, als Klimasünder dargestellt zu werden.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Der Staatsrat muss dem Grossen Rat einen detaillierten Bericht zur Einführung von Klimaschutzmassnahmen auf kantonaler Ebene im Bereich der Land- und Forstwirtschaft vorlegen. Mit 79 zu 20

«Überall treten Besserwisser und Grünschnäbel ins Rampenlicht, die uns gute Vorschläge machen wollen.»

Rudolf Herren-Rutsch
Grossrat (SVP, Lurtigen)

Stimmen bei einer Enthaltung erklärte das Kantonsparlament gestern ein entsprechendes Postulat von Christa Mutter (Grüne, Freiburg) und Julia Senti (SP, Murten) für erheblich. Einzig die SVP-Fraktion stimmte geschlossen gegen die Vorlage.

«Träumerische Jugendliche»

So eindeutig und unbestritten, wie dies angesichts des Abstimmungsergebnisses den Anschein macht, war das Geschäft in keiner Weise. Denn der Abstimmung ging eine längere lebhaftere Debatte voraus, in welcher sich 16 Grossratsmitglieder zu Wort meldeten. «Dies beweist die Emotionen, welche in diesem Thema drinstecken», sagte Landwirtschaftsdirektor Didier Castella (FDP).

Solche äusserten vor allem die Landwirte im Kantonsparlament. «Die Landwirtschaft wird von allen Seiten beschossen», beklagte sich etwa Rudolf Herren-Rutsch (SVP, Lurtigen). «Dabei gehören wir zu den ersten, die von der Klimaveränderung betroffen sind.» Herren monierte die derzeitige «Hysterie zum Klimawandel» und sagte: «Überall treten Besserwisser und Grünschnäbel ins Rampenlicht, die uns gute Vorschläge machen wollen –



Inwiefern die Landwirtschaft für den Klimawandel mitverantwortlich gemacht werden kann, ist umstritten.

Bild Charles Ellena/a

aber bei der eigenen Freizeitgestaltung hinterlassen sie überall Abfälle und posten Instagram-Bilder aus aller Herren Länder.»

«Es stimmt, dass die Landwirtschaft Treibhausgase erzeugt», ergänzte Pierre-André Grandgirard (CVP, Cugy). «Aber wir müssen das im Verhältnis zu anderen volkswirtschaftlichen Bereichen sehen. Es ist zu leicht, uns die Schuld zuzuschreiben.» Paradox sei, dass sich der Konsument über die Kühe beklage, welche Methangas erzeugen, aber seinen Kaffee gerne mit Milch trinke. Oder dass man sich über den stinkenden Schweinestall ärgere, den «guten Schinken» aber sehr gerne zum Frühstück habe. «Dass die Klimademos von träumerischen Jugendlichen organisiert werden, lässt uns Landwirte oft lächeln», so Grandgirard.

«Ich wusste nicht, ob ich mich über diesen Vorstoss freuen soll oder nicht», meinte Fritz Glauser (FDP, Châtonnaye), Präsident des Freiburger Bauernverbands. «Viele Massnahmen, die hier vorge-

«Die Landwirtschaft verwendet Produkte, welche die gesetzlichen Grenzwerte oft überschreiten.»

Simon Bischof
Grossrat (SP, Ursy)

schlagen werden, werden bereits umgesetzt. Daher ist dieses Postulat eigentlich unnötig.» Auch betreffe es vieles, was eigentlich auf Bundesebene geregelt werde.

Die meisten Rednerinnen und Redner waren indes der Ansicht, dass ein blosser Bericht über Möglichkeiten zu Klimaschutzmassnahmen den Landwirten ja nicht schade – und dass es gar nicht darum gehe, wer in welchem Ausmass für den Klimawandel verantwortlich sei. «Ich bedaure sehr, dass wir hier in eine Debatte um Schuldzuweisungen verfallen», brachte dies Susanne Aebischer (CVP, Murten) auf den Punkt.

«In der Verfassung»

Die links-grüne Ratsseite stand geschlossen hinter dem Postulat. «In unserer kantonalen Verfassung ist ganz klar festgehalten, dass wir uns unserer Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen bewusst sein müssen», sagte Co-Postulantin Christa Mutter. «Es stimmt, dass die

Landwirtschaft schon bestimmte Massnahmen ergriffen hat – aber es gibt sicher noch weiteren Bedarf.» Simon Bischof (SP, Ursy) ging sogar noch einen Schritt weiter. «Gemäss dem Bundesamt für Landwirtschaft ist es eine Tatsache, dass die Landwirtschaft Produkte verwendet, welche die gesetzlichen Grenzwerte oft überschreiten», sagte er.

Für Staatsrat Didier Castella war klar, dass sowohl die Land- als auch die Forstwirtschaft einerseits Opfer, andererseits auch Verursacher des Klimawandels seien. «Dies erklärt auch, wieso die entsprechenden Akteure im Hinblick auf diese Thematik besonders sensibilisiert sind.» Zu Verbesserungen in diesem Bereich könne auch die Forschung beitragen, namentlich im landwirtschaftlichen Institut Grange-neuve.

Knappe Mehrheit gegen Stellvertretungen

Grossräte sollen sich in Kommissionen nicht durch Stellvertretungen ersetzen lassen können. Das Kantonsparlament erteilte einem entsprechenden Vorstoss eine Abfuhr.

FREIBURG Das Funktionieren des Grossen Rats stand gestern in zwei parlamentarischen Initiativen, welche dem Kantonsparlament vorgelegt wurden, zur Diskussion. Diejenige des Grossratsbüros, welche eine grundlegende Revision des Grossratsgesetzes forderte, wurde mit 91 zu 0 Stimmen praktisch diskussionslos und einstimmig angenommen.

Für mehr Diskussionsstoff sorgte indes eine zweite parlamentarische Initiative von Elias Moussa (SP, Freiburg) und Mirjam Ballmer (Grüne, Freiburg). Diese sprach sich für die Einführung von Stellvertretungen bei den ständigen Kommissionen und den Fachkommissionen des Rats aus und scheiterte mit 46 zu 52 Stimmen bei zwei Enthaltungen relativ knapp. Allerdings hätte es für eine Annahme eine qualifizierte Mehrheit von 56 Stimmen gebraucht. Die Ratsmehrheit folgte den Argumenten, welche unter anderem Bertrand Morel (CVP, Lentigny) äusserte. «Die Themen in den Kommissionen verlangen ein vertieftes Verständnis, das man sich als Stellvertreter nicht einfach plötzlich aneignen kann», sagte er. Mirjam Ballmer hielt dem entgegen, dass nur Stellvertretungen – die es in anderen Kantonen ja gebe – garantieren würden, dass das parteipolitische Verhältnis in den Kommissionen auch bei Abwesenheiten gewährleistet bleibe – was etwa im Falle einer Mutterschaft besonders stossend sei. Sie fand bei der Mehrheit des Rats mit diesem Argument aber kein Gehör. jcg

Kein neuer Standort für ein Kollegium

FREIBURG Der Staatsrat hält es nicht für sinnvoll, ein zusätzliches Gymnasium im Süden des Kantons, auf dem Gebiet der Gemeinde Vuisternens-devant-Romont, einzurichten. Dies schreibt er in einem Bericht, mit dem er einem Postulat von Grossrat Simon Bischof (SP, Ursy) direkt Folge leistete, und der dem Kantonsparlament gestern zur Kenntnis gebracht wurde. «Es ist klar, dass der Standort Bulle bezüglich Verkehr und Infrastruktur klare Vorteile für die Ansiedlung von Schulen bietet», sagte Jacques Morand, Syndic von Bulle und FDP-Grossrat. Yvan Hunziker (FDP, Semsales) war entgegengesetzter Ansicht. «Dass Vuisternens nicht ideal sein soll, überrascht mich», sagte er. Den Vorwurf, wieso man nicht eine interkantonale Lösung gesucht habe, konterte Erziehungsdirektor Jean-Pierre Sigger (CVP) befangen: «Es sollte ein für alle Mal geklärt werden, welche Ideen in diesem Zusammenhang zielführend sind.» Denn das Thema komme immer wieder zur Sprache. Wichtig sei es jedenfalls, im auszuarbeitenden Bericht sämtliche Akteure miteinzubeziehen. jcg

Klares Votum für die Gemeindeautonomie

Die Anstalt für aktive Bodenpolitik soll keine Verlagerungen von Arbeitszonen vornehmen können.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Die insgesamt dreitägigen Beratungen zum neuen Gesetz über die aktive Bodenpolitik gingen gestern mit dem Abschluss der ersten Lesung in ihre zweite Runde. Dabei wurde ein Vorschlag der Mehrheit der vorberatenden Kommission gestern noch abgeändert. Mit 87 zu 5 Stimmen folgte das Ratsplenum dem Antrag der Kommissionsminderheit und strich den fünfzigsten und letzten Artikel aus dem Gesetz heraus. In diesem ging es darum, dass die zu gründende öffentlich-rechtliche Anstalt, welche mit der aktiven Bodenpolitik betraut sein wird, «die Verlagerung von ungünstig gelegenen oder überdimensionierten Arbeitszonen fördern, die bereits rechtmässig

ausgeschieden wurden» sowie «mit den betroffenen Eigentümern Vereinbarungen über den Kauf von Rechten zum Beibehalten abschliessen, die für einen Tausch eingesetzt werden können». Die Ratsmehrheit folgte damit der Argumentation von Katharina Thalmann-Bolz (SVP, Murten), wonach mit einer solchen Bestimmung die Gemeindeautonomie verletzt würde. Christa Mutter (Grüne, Freiburg) hingegen scheiterte mit einem Änderungsantrag. Sie forderte, dass der bereits bestehende Fonds für aktive Bodenpolitik klimafinanzielle Kriterien berücksichtige. Der Rat erteilte diesem Ansinnen mit 57 zu 34 Stimmen eine klare Abfuhr. Auch ein weiterer Änderungsantrag von Grégoire Kubski (SP, Bulle) scheiterte, mit 31 zu 62 Stimmen. Kubski wollte, dass der Staatsrat «im Fall eines erheblichen Funktionsmangels in die Funktionsweise der Anstalt eingreifen» könne.

Ja zu freiem Mittwochnachmittag

An der OS sollen ein freier Mittwochnachmittag sowie tagesschulartige Strukturen geprüft werden. Der Grosse Rat segnete gestern einen entsprechenden Vorstoss ab.

Jean-Claude Goldschmid

FREIBURG Das Kantonsparlament gab gestern grünes Licht für eine Änderung der Unterrichtszeiten an der Orientierungsschule. Mit 60 zu 15 Stimmen bei zwei Enthaltungen erklärte er ein entsprechendes Postulat von Rose-Marie Rodriguez (SP, Estavayer-le-Lac) und Stéphane Sudan (CVP, Broc) für erheblich. Nun muss der Staatsrat die Einführung eines schulfreien Mittwochnachmittags oder eines durchgehenden Stundenplans im Sinne einer Tagesschule an der Orientierungsschule (OS) prüfen.

Sämtliche Fraktionen hatten sich mehrheitlich für eine Unterstützung dieses Vorstosses ausgesprochen. «Eine Reform in diesem Bereich stellt eine Antwort auf die sich weiterentwickelnden Gegebenheiten in der Schule und der Gesellschaft dar», sagte Anne

Meyer Loetscher (CVP, Estavayer-le-Lac). «Ein freier Mittwochnachmittag hat nicht nur für die Schüler grosse Vorteile», sagte Urs Perler (Mitte links – CSP, Schmitzen). «Auch für die Lehrer bietet er ein zusätzliches Zeitgefäss, das etwa für Weiterbildungen genutzt werden kann.» Es könnten sich allerdings Probleme bei der Verfügbarkeit von Infrastrukturen stellen, so Perler. Und auch die Frage der Schülertransporte müsse berücksichtigt werden.

Eine Viereinhalb-Tage-Woche?

Für Markus Zosso (SVP, Schmitzen) hätte ein solcher Systemwechsel nicht nur organisatorische, sondern auch finanzielle Auswirkungen. Genau deshalb sei es sehr wichtig, im Rahmen des staatsrätlichen Berichts zu diesem Thema auch «Erfahrungswerte von anderen Kantonen» zu erhalten.

Yvan Hunziker (FDP, Semsales) empfand es indes als «typisch schweizerisch», sich in diesem Zusammenhang an möglichen Problemen zu orientieren, statt zu sehen, was sich für Chancen bieten würden. Co-Postulantin Rose-Marie Rodriguez begrüßte ihrerseits die Antwort des Staatsrats auf ihren Vorstoss, welche von «Offenheit und Pragmatismus» geprägt sei. Es lohne sich laut Rodriguez jedenfalls «in einigen Fällen» sogar, sich zu überlegen, ob eine Schule mit einer Viereinhalb-Tage-Woche sinnvoll wäre.

Erziehungsdirektor Jean-Pierre Sigger (CVP) befangen: «Es sollte ein für alle Mal geklärt werden, welche Ideen in diesem Zusammenhang zielführend sind.» Denn das Thema komme immer wieder zur Sprache. Wichtig sei es jedenfalls, im auszuarbeitenden Bericht sämtliche Akteure miteinzubeziehen.